

01) Schloss Opotschno in Ostböhmen: Colloredo-Mansfeld blitzt ab

Schloss Opotschno / Opočno in Ostböhmen bleibt in den Händen des tschechischen Staates. Dies wurde jetzt – nach Informationen der Inlandsendungen des Tschechischen Rundfunks – auch durch ein europäisches Gericht bekräftigt. Demnach habe der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eine **Klage der Familie Colloredo-Mansfeld zurückgewiesen** und so das Urteil des Verfassungsgerichts in Brünn aus dem vergangenen Jahr bestätigt. Der Tschechische Rundfunk verweist in seinem Bericht auf Informationen des Justizministeriums. Das Verfassungsgericht in Brünn hat im Mai 2020 eine Beschwerde von Kristina Colloredo-Mansfeld, deren Familie das Schloss bis 1942 besessen hatte, abgelehnt. Zuvor hatte das Kreisgericht in Königgrätz / Hradec Králové entschieden, dass der tschechische Staat das Schloss nicht an die in Österreich lebende Familie Colloredo-Mansfeld zurückgeben muss. Die Restitutionsstreitigkeiten dauern bereits über 25 Jahre an. Schloss Opočno wurde 1942 zunächst von den Nationalsozialisten konfisziert, 1945 fiel es durch die Beneš-Dekrete, die somit keineswegs, wie gerne behauptet wird, „erloschenes Recht“ sind, an den tschechoslowakischen Staat.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 25, 2021

Wien, am 25. Feber 2021

02) Fortsetzung der Konferenz „Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte in Mittel- und Mitteleuropa*)“ widmet sich Österreich, Italien und Tschechien



Die Teilnehmer der Februar-Konferenz (v. l. o.) Dipl.-Ing. Olga Voglauer, Prof. Dr. Dr. Dr. hc. Mult Gilbert H. Gornig, Martin Dzingel, Sergiu Constantin, PStS Stephan Mayer, (v.l.u.) stv. Landeshauptmann Daniel Alfreider, MdEP Loránt Vincze, Dr. Hanna Vasilevich, Reinfried Vogler, Dr. Davide Zaffi, Prof. Dr. Peter Hipold

*) Geographisch gesehen ein dämlicher Begriff anstelle von „Ostmitteleuropa“. Und eine Frage: wozu gehört Italien?



Pressemitteilung

Nr. 04/2021

Fortsetzung der Konferenz „Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte in Mittel- und Mittelosteuropa“ widmet sich Österreich, Italien und Tschechien

Am 25. Februar 2021 setzten die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen ihr im Oktober 2020 gestartetes Online-Konferenzformat „Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte in Mittel- und Mittelosteuropa“ fort. Der Fokus der für 2021 als Reihe konzipierten Fachtagungen lag diesmal auf Österreich, Italien und der Tschechischen Republik. In zehnminütigen Referaten schilderten Expertinnen und Experten den rechtlichen Rahmen in den jeweiligen Ländern sowie praktische Erfahrungen mit dessen Umsetzung. In anschließenden Diskussionen blieb zudem Raum für Nachfragen und Konkretisierungen.

Zum Auftakt der Veranstaltung umriss **Loránt Vincze**, MdEP und Präsident der FUEN, in seinem Grußwort die Notwendigkeit, ein übergreifendes Bild der Minderheitenrechte in Mittel- und Mittelosteuropa zu zeigen. „Während sich in West- und Südeuropa die Situation der Minderheiten in den letzten Jahrzehnten nicht wesentlich verändert hat, ist dies in Mittel- und Osteuropa ein aktuelles Thema. Gerade hier sind die Minderheiten sehr engagiert, ihre Rechte einzufordern, brauchen aber auch Unterstützung dabei. Deshalb konzentriert sich die Konferenz auf diese Länder. Aber es gibt nicht nur Probleme, sondern auch Erfolgsbeispiele in diesem Teil Europas, wie die heutigen Vorträge zeigen werden“, so der FUEN Präsident.

Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, betonte anschließend, dass Minderheitenrechte ein weltweit aktuelles Thema sind. Viele Konflikte entstünden aus dem Gefühl der Benachteiligung heraus. „Wer Frieden will, muss Gerechtigkeit schaffen“, zitierte Vogler den UN-Sonderberichtersteller betreffend Minderheiten, Dr. Fernand de Varennes.

Die Rolle von Minderheiten als Brückenbauer zwischen Nationen und Gesellschaften müsse gestärkt werden, deshalb sei es wichtig, den Dialog

Berlin, 01.03.2021

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org
www.kulturstiftung.org

fortzusetzen und bereits bestehende Schutzmechanismen in Europa auszubauen, sagte **Stephan Mayer**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat. Er begrüßte die Idee der Konferenz und beglückwünschte die Organisatoren für die Flexibilität, die sie trotz der durch die Coronavirus-Pandemie entstandenen sehr schwierigen Situation gezeigt haben. „Minderheiten neigen dazu, die besonderen Opfer von Corona zu werden, und das müssen wir bekämpfen“, fügte er hinzu. **Stephan Mayer** beglückwünschte und bedankte sich bei der FUEN für die großartige Arbeit und die Erfolge, die sie mit der Minority SafePack Initiative erreicht haben und äußerte auch seine Enttäuschung über die Art und Weise, mit der die Initiative von der Europäischen Kommission abgelehnt wurde.

Aus juristischer Sicht sei Minderheitenschutz gleichzeitig positive Diskriminierung, stellte Prof. Dr. Dr. hc. mult. **Gilbert H. Gornig** fest. Nur durch die gesteigerte Unterstützung unterrepräsentierter Volksgruppen sei es möglich, ihnen eine Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Für die Gesellschaft insgesamt sei dies jedoch eine Investition in die eigene Zukunft, da so auch Sezessionsbestrebungen verhindert werden könnten. Danach übernahm **Sergiu Constantin**, Senior Researcher am Institut für Minderheitenrechte des Eurac Research, die Moderation der Länderberichte.

Prof. Dr. **Peter Hilpold** von der Universität Innsbruck erläuterte die rechtliche Lage in Österreich. Obwohl man heute das Land als Vorbild in Sachen Minderheitenschutz betrachte, blieben noch einige Wünsche der betroffenen Volksgruppen unerfüllt, stellte er fest. Auch wichen die Regelungen in den unterschiedlichen Bundesländern gerade bei den Minderheitenschulgesetzen voneinander ab. Mehr Aufmerksamkeit müsse man auch der Minderheitenmedien-Förderung schenken.

Auch die Kärntener Nationalratsabgeordnete Dipl.-Ing. **Olga Voglauer** widmete sich in ihrem Beitrag unter anderem dem föderalistischen Aspekt des Minderheitenschutzes in Österreich. Man müsse überall eine Umwelt schaffen, in der Volksgruppen ihre Sprachen im Alltag gebrauchen könnten. Ein aktives Sprachumfeld fange dabei schon in der frühkindlichen Erziehung an. „Es fehlt an Wertschätzung für Mehrsprachigkeit“, sagte sie. Darum sollte der Anspruch auf zweisprachige Bildung ab dem Kindergarten festgeschrieben werden.

Über die rechtliche Situation in Italien referierte Dr. **Davide Zaffi** vom Südtiroler Volksgruppeninstitut. Bei den besonders geschützten Minderheitensprachen gebe es deutliche Unterschiede. Zwar seien Regelungen zum regionalen Schulwesen und zum Zugang zu Medien in Südtirol, Friaul-Julisch Venetien und dem Aostatal geschaffen worden, gerade die französische Minderheit im Westen des Landes nehme diese aber immer weniger in Anspruch. Um weitere Fortschritte zu erreichen, müssen sich die Volksgruppen im Land untereinander koordinieren und miteinander und dem Staat im Gespräch bleiben.

Die praktische Umsetzung der rechtlichen Rahmenbedingungen beleuchtete **Daniel Alfreider**, FUEN Vizepräsident und stellvertretender Landeshauptmann der Autonomen Region Bolzano. Gerade in Südtirol habe man lange um den Autonomiestatus ringen müssen. Man verstehe auch darum die Bedeutung des Minderheitenschutzes als Überwindung der inneren Einkapselung und Streben nach Gleichberechtigung. Dabei habe sich in den letzten sieben Jahren in Südtirol viel verbessert, man benötige jedoch vor allem finanzielle Sicherheit, um Zukunftschancen garantieren zu können. Darum könne man sich auf dem Erreichten auch nicht ausruhen, sondern müsse immer weiter voran gehen, auch bei den eigenen Medien.

Dr. **Hanna Vasilevich**, Vorstandsmitglied des International Centre for Ethnic and Linguistic Diversity Studies in Prag und Dozentin an der Europa-Universität Flensburg, gab einen Einblick in die Rahmenbedingungen der Minderheiten in Tschechien. Die tschechische Verfassung und die Grundrechtecharta seien hier die Grundpfeiler des Volksgruppenschutzes für die 14 anerkannten nationalen Minderheiten, die auch im Minderheitenbeirat der Regierung ihre Belange vertreten. Dabei sei besonders die Anerkennung der vietnamesischen und der belarussischen Minderheit eine interessante Entwicklung, da beide Gruppen erst seit einigen Jahrzehnten in größerer Zahl in Tschechien ansässig seien.

Wie sich die Situation in Tschechien aus Sicht der Minderheiten darstellt, erläuterte **Martin Dzingel**, Präsident der Landesversammlung der deutschen Vereine in der Tschechischen Republik und stellvertretender Vorsitzender des Minderheitenbeirates der Regierung. Zwar seien theoretisch die Bedingungen geschaffen worden, um staatlich geförderte Minderheitenrechte wahrnehmen zu können, die praktische Umsetzung stoße jedoch an Grenzen. Vieles leite sich von freiwilligen Angaben zur Nationalität bei der Volkszählung ab. Viele Einwohner Tschechien machten dabei jedoch lieber gar keine Angaben. Die deutsche Minderheit strebe nun vor allem an, einen ähnlich hohen Schutz ihrer Minderheitensprache zu erlangen wie ihn bereits die polnische und slowakische Minderheit im Land erhalten.

Abschließend stellte Professor Gornig fest, dass die Minderheitensituation in Mitteleuropa durchaus in Bewegung ist und durch dieses Tagungsformat viele neue Erkenntnisse zu Tage gefördert werden. Die Online-Konferenzreihe „Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte in Mittel- und Mitteleuropa“ wird am 25. März fortgesetzt mit dem Länderfokus Ungarn, Slowakei und Kroatien.

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Die Aufzeichnung der Konferenz wird auf den Youtube-Kanälen der FUEN (<https://bit.ly/3ky0dZl>) und der Kulturstiftung (<https://bit.ly/kulturstiftungvideo>) abrufbar sein.

03) Westpreußen*): Thorner Festungsmuseum eröffnet

Pommern: Thorner Festungsmuseum eröffnet

28. 02. 2021



Festungsbauten in Thorn - Foto: www.muzeum.torun.pl

Seit kurzem empfängt die neue Filiale des Bezirks-Museums der UNESCO-Welterbestadt Toruń (Thorn) seine Besucher. Das „Museum der Thorner Festung“ eröffnete in ehemaligen preußischen Kasernen zwischen Altstadt und Busbahnhof.

Die Eröffnung hatte sich wegen des Corona-Lockdowns und der Bauabnahme verzögert. Nun konnten die ersten Besucher erstmals die neue Ausstellung in 16 Sälen erleben. Das sowohl multimedial wie klassisch ausgestattete Museum erzählt die Geschichte rund um die Thorner Festungsanlage, die bis heute als eine der weltweit am besterhaltenen gilt. Dabei kommen sowohl Karten, Dioramen und Originalstücke wie etwa ein beweglicher Panzerturm zum Einsatz als auch interaktive Computerinstallationen.

Ausgehend von der Stadtgründung durch den Deutschen Orden spannt sich der Bogen über die Rolle von Thorn als Grenzstadt unter wechselnden Herrschern mit verschiedenen Verteidigungsbauten bis hin zum Bau der preußischen Festung Ende des 19. Jahrhunderts. Die Erzählung der Ausstellung endet mit der Nutzung als polnische Garnison zwischen 1920 und 1939. Besucher sollen auch einen Einblick in den Alltag in den Kasernen zu verschiedenen Zeiten erhalten. Zudem wird es Platz für Wechsel- und Sonderausstellungen geben.

Die einstige Culmer Tor-Kaserne, im Volksmund „Bunker B66“ genannt, wurde für den neuen Zweck aufwendig restauriert. Die gesamte Anlage besitzt eine Fläche von rund 2.100 Quadratmetern. Die Festung Thorn

*) Die slawischen Pomoranen, zu deren Nachfahren die Kaschuben in Hinterpommern und Westpreußen gehören, wohnten vor der deutschen Ostsiedlung in einem Gebiet von der Insel Rügen bis an die Weichsel, nördlich von Netze und Warthe. Östlich der Weichsel hatten die nichtslawischen, baltischen Prussen ihr Siedlungsgebiet. Es ist ahistorisch, Ortsnamen im Thorner Gebiet mit dem Zusatz „pomorski“ zu versehen. Diese Erweiterung Pommerns ist allein politisch zu verstehen und auch unter polnischen Historikern zumindest umstritten. Thorn im Kulmerland, die erste Stadtgründung des Deutschen Ordens bei der Eroberung des Prussenlandes, wurde 1231 von diesem gegründet. Wir zählen Thorn zu den Perlen Westpreußens! In Polen gehört die Stadt (poln. Toruń) zur Woiwodschaft Kujawien. (Anm. der Red. Hk)

Seite 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 785 vom 04.03.2021

besteht aus über 150 teilweise bis heute sehr gut erhaltenen Objekten, darunter 15 großen Forts. Einige von ihnen wurden in den letzten Jahren restauriert und für eine Neunutzung angepasst. So entstand im Fort IV beispielsweise ein Hotel mit Tagungs- und Veranstaltungsbetrieb rund um historische Themen.

Infos zum neuen Museum unter www.muzeum.torun.pl

Touristische Infos zu Thorn unter www.visittorun.com

Mehr über Reiseziele in Polen beim Polnischen Fremdenverkehrsamt,
www.polen.travel

Quelle: [Polen-Journal](#)

Diesen Beitrag haben wir übernommen aus der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“ vom 28.02.2021: <newsletter@unser-mittleuropa.com>